



Gefangen in der eigenen Vergangenheit

Rumäniens orthodoxe Kirche war stets eine Dienerin der Macht

Gastkommentar
von OLIVER JENS SCHMITT

Als im Dezember 1989 der rumänische Diktator Nicolae Ceausescu gestürzt wurde, stand die rumänische orthodoxe Kirche (ROK) nicht auf der Seite der Demonstranten. Im Gegensatz zur katholischen und zu den protestantischen Kirchen hatte sie dem Regime die Treue gehalten. Ihr Patriarch Teoctist musste sich wegen einer Loyalitätserklärung, die er in den letzten Tagen der Diktatur abgegeben hatte, zurückziehen. Nach 112 Tagen aber kehrte er ins öffentliche Leben zurück und arbeitete mit den postkommunistischen Machthabern zusammen.

Die Episode ist symptomatisch für das grösste mehrheitlich orthodoxe Land der EU. Die ROK sucht die Nähe zur staatlichen Macht und legitimiert diese im Tausch gegen massive materielle Förderung. Wie in anderen orthodoxen Ländern füllte die ROK das vom Kommunismus hinterlassene Identitätsvakuum geschickt auf und rückte damit wieder in den Mittelpunkt des politischen Geschehens.

Sie setzt wie in anderen orthodoxen Ländern aber eine Tradition des Autoritarismus fort, der eine erkennbar antiwestliche Schlagseite aufweist. Im 20. Jahrhundert hatte sich die ROK den drei Diktaturen von König (1938–1940), Armee (1940 bis 1944) und Kommunisten (1944–1989) angeschlossen. In der Zwischenkriegszeit hatten viele Kleriker die Legionärsbewegung, das heisst den rumänischen Faschismus, begeistert unterstützt. Patriarch Miron Cristea legitimierte als Premierminister 1938 die Beseitigung des Verfassungsstaates und die Errichtung einer Königsdiktatur, die antisemitische Massnahmen ergriff.

Vom Kommunismus profitierte die Orthodoxie insofern, als mit tatkräftiger Hilfe ihres Patriarchen die unierte Kirche in Siebenbürgen zerschlagen und enteignet wurde. Damit war eine der wichtigsten Brücken nach Westen auf Geheiss Stalins abgebrochen. Nach 1989 behinderte die orthodoxe Kirche die Rückgabe des konfiszierten Besitzes, aus gutem Grund, war sie doch selbst Hauptprofiteurin. Der heutige Reichtum der ROK stammt zu einem erheblichen Teil aus dem beschlagnahmten Gut anderer Kirchen. Zahlreiche Kleriker arbeiteten mit der kommunistischen Securitate zusammen und wandelten die Kirche in ein Machtinstrument des Regimes um. Lediglich ein hoher Geistlicher gestand nach 1989 seine Kooperation mit dem Geheimdienst ein.

1989 erfolgte kein Bruch. Die Kirche hat ihre Vergangenheit immer noch nicht aufgearbeitet. Ihre Archive sind faktisch geschlossen. Kritische Forschung ist unerwünscht. Ein Forscher, der die

Beteiligung Teoctists an einem grossen Pogrom 1941 bekannt machte, verlor seine Stelle im Geheimdienstarchiv. Über die faschistische Vergangenheit etlicher der in Rumänien einflussreichen Grosseelsorger (duhovnici) wird oftmals nur spekuliert.

Die ROK geniesst in Rumänien hohes Ansehen. Die Rumänen zählen nach soziologischen Erhebungen zu den kirchentreuesten Gesellschaften Europas. Die ROK nützt dies, um ihre Stellung weiter auszubauen. Wahlkämpfe sind ohne kirchliche Einmischung kaum vorstellbar. 2014 sprachen sich zahlreiche Kleriker gegen den derzeitigen Staatspräsidenten Klaus Johannis aus. Be-

Die Kirche hat ihre Vergangenheit immer noch nicht aufgearbeitet. Ihre Archive sind faktisch geschlossen. Kritische Forschung ist unerwünscht.

gründet wurde dies mit seiner ethnischen und konfessionellen Zugehörigkeit als deutscher Lutheraner.

Selbst die seltenen säkular eingestellten Regierungen müssen dem Druck der ROK nachgeben und in Nachtragsbudgets Gelder bereitstellen. Obwohl die meisten Parteien die Nähe der Kirche suchen, gelingt dies keiner so gut wie der postkommunistischen Oligarchenpartei PSD, die derzeit den rumänischen Rechtsstaat zerstört. Die Partei bedankt sich nicht nur mit einem Geldregen aus dem Staatsbudget, sondern erlässt der Kirche auch Steuern. Die Kirche ist eine der grössten Grundbesitzer Rumäniens und eines der wichtigsten Unternehmen. Ihre wirtschaftliche Macht reicht weit. Fundamentale Kritik an der Kirche wird nur von wenigen geübt. Zu stark ist gerade in der Provinz die Verwobenheit von Kirche und Staat.

In den letzten Jahren verfolgt die ROK ihren autoritären Kurs immer offensiver. 2017 statteten sich die Patriarchen von Bukarest und Moskau wechselseitig pompöse Besuche ab. Auffallend ist dies vor dem Hintergrund der alten Abneigung der Rumänen gegen den übermächtigen Nachbarn im Osten. Die russische Regierung benützt

die rumänische Orthodoxie als Hebel, um auf das wichtigste Nato-Land am Schwarzen Meer Einfluss zu nehmen. Ganz in russischem Sinne sind die Kampagnen der ROK für Familienwerte und gegen Homosexualität. Sie trägt so zu einer antiwestlichen Stimmung bei, die auch anderswo in Ostmitteleuropa geschürt wird.

Besondere Glaubwürdigkeit kann sie dabei nicht beanspruchen. 2017 mussten sich gleich drei bekannte Kleriker wegen homosexueller Beziehungen zurückziehen. Massiv war der Fall des Bischofs im ostrumänischen Husi, der sich offenbar an Seminaristen vergangen hatte. Zahlreiche Skandale entstanden um die in der Kirche verbreitete Korruption, den Verkauf von Priesterstellen und die Geschäfte führender Kleriker. Ein Unternehmen eigener Art ist die Kathedrale der Erlösung des Volkes, ein Riesenschatz in Bukarest, für den staatliche Mittel verwendet werden, aber auch die Gläubigen des armen Landes dauernd zu Spenden aufgerufen sind. Der Name erinnert an Slogans der faschistisch-orthodoxen Legionärsbewegung der Zwischenkriegszeit.

Kritik am derzeitigen Patriarch Daniel wurde laut, als nach dem Tode von 64 Menschen beim Brand einer Diskothek 2015 Kleriker den Eindruck erweckten, deren angeblich sündhaftes Verhalten habe zu der Katastrophe geführt. Daniels Biografie steht sinnbildlich für die ROK. Als kaum jemand das Land verlassen durfte, lehrte er von 1980 bis 1988 in der Schweiz am Ökumenischen Institut in Bossey.

Sein Ziehvater war der einflussreiche konservativ-nationalistische Theologe Dumitru Staniloae. Als in den Tagen der Revolution 1989/90 der kompromittierte Patriarch kurzzeitig verschwand, leitete Daniel faktisch die ROK. Daniels Dossier bei der Securitate ist angeblich vernichtet. 1990 gehörte er zu einer Gruppe zur kirchlichen Erneuerung, zu der es in der Folge aber nicht kam. Vielmehr wurden kritische Stimmen unterdrückt. Daniels steiler Aufstieg zum Metropoliten der Moldau und 2007 zum Patriarchen wäre ohne Unterstützung aus dem «tiefen Staat» Rumäniens nicht möglich gewesen.

Zur Demokratisierung Rumäniens hat die ROK nach 1989 keinen Beitrag geleistet. Ihre Unfähigkeit zur Selbstkritik macht sie zur Gefangenen der eigenen Vergangenheit, ihre antiökumenitale Tradition und ihre moralische Kompromittierung zur leichten Beute Moskaus. In Rumänien weht seit jüngstem wieder der Geist Ceausescus. Die Kirche ist dafür mitverantwortlich.

Oliver Jens Schmitt ist Professor für Geschichte Südosteuropas an der Universität Wien.



SCHWARZ UND WIRZ «Wirtschaft» und Markt sind zwei Paar Schuhe

von GERHARD SCHWARZ

Das Vorurteil ist so hartnäckig, dass man versucht ist, es nicht mangelndem Wissen zuzuschreiben, sondern diffamierender Absicht. Gemeint ist die These, wer sich für funktionierende Märkte einsetze, sei ein Lakai der Unternehmen, der «Wirtschaft», und vertrete lediglich deren Interessen. Richtig ist, dass Anhänger einer marktwirtschaftlichen Ordnung um den Nutzen der «Wirtschaft» wissen, sich bewusst sind, dass alle Menschen direkt oder indirekt ein Teil von ihr sind, und daher die Welt der Unternehmen nicht per se für moralisch fragwürdig oder gar feindlich halten. Aber die Gleichsetzung von «pro market» und «pro business» ist trotzdem falsch.

Zum einen sind Wirtschaftsführer, auch wenn sie in ihren Reden die Marktwirtschaft über den grünen Klee loben, meist keine grossen Freunde des Wettbewerbs, der im Zentrum jeder liberalen Ordnung steht. Sie sind nur dann für Wettbewerb, wenn sie sich gute Chancen einräumen, in diesem zu reüssieren, oder wenn sie glauben, dass die Alternative, nämlich ein staatlich strangulierter Markt, für sie noch schlechter wäre als der Wettbewerb. Schon der Urvater der Ökonomie, Adam Smith, wusste um den Hang der Unternehmen, den Markt auszuschalten. «Leute vom selben Gewerbe kommen sogar zu Vergnügungen und zur Zerstreuung selten zusammen, ohne dass die Unterhaltung in einer Verschwörung gegen die Allgemeinheit, also in einem Plan zur Erhöhung der Preise, endet», heisst es im «Wohlstand der Nationen» von 1776. Daher unterstützen Vertreter der «Wirtschaft» immer wieder staatliche Regulierungen, die ihnen Sicherheit geben und sie vor dem Eintritt neuer Konkurrenten in den «Markt», in dem sie sich eingerichtet haben, schützen. Die Advokaten von weniger Regulierung sind dagegen oft kleine Unternehmen und Newcomer, man denke an Ubers Kampf gegen die Regulierung im Taxigewerbe.

Zum anderen dient dementsprechend der Einsatz für freie Märkte nicht primär den Interessen der Produzenten, die sich in allen möglichen Verbänden zusammenschliessen, sondern jenen der Konsumenten. Auch das wusste schon Adam Smith. Sein Werk ist durchzogen von der Überzeugung, dass es einen Interessengegensatz zwischen diesen beiden Gruppen gibt. Wettbewerbspolitik ist für ihn die beste Politik zum Schutz der Konsumenten, also der ganzen Bevölkerung. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben im deutschen Sprachraum die sogenannten Ordoliberalen diesen Gedanken betont und sind dafür von Radikalliberalen oft gescholten worden. Doch ist es wirklich abwegig, dass der Staat der merkantilistischen Neigung der Unternehmen, sich dem Wettbewerb zu entziehen, entgegentritt und dass er Regeln aufstellt, die verhindern, dass die Unternehmen ökologische und soziale Kosten auf andere abwälzen, statt sie selbst zu tragen?

Die geringe Freude der Unternehmen an veritablem Wettbewerb und die liberale Überzeugung, dass staatliche Rahmenbedingungen im Interesse der Allgemeinheit so beschaffen sein sollten, dass sie zu mehr Wettbewerb führen, gerade auch dort, wo er den Firmen weh tut, schaffen zwischen der «Wirtschaft» und den Freunden des Marktes einen Gegensatz. Was sie verbindet, ist einzig die Erkenntnis, dass die Marktwirtschaft als Ganzes im Interesse aller liegt, mithin wohl auch, aber keineswegs nur im Interesse der Unternehmen. Hingegen werden Wirtschaftsführer im konkreten Einzelfall, wenn es also um ihr Unternehmen geht, in der Regel den Wettbewerb meiden. Sie sind nicht die natürlichen Alliierten der Freunde des Wettbewerbs und keine zuverlässige Lobby für mehr Markt.

Gerhard Schwarz ist Publizist und unter anderem Präsident der Progress Foundation.